

# Sozialpolitische Kernforderungen 2021

Bundestagswahl 2021





# Inhalt

- 1 Sozialstaat stärken**  
\_\_ Seite 5
- 2 Mehr soziale Sicherheit im Alter und bei Erwerbsminderung**  
\_\_ Seite 6
- 3 Sozialer Schutz bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit**  
\_\_ Seite 7
- 4 Soziale Rechte in Europa stärken**  
\_\_ Seite 8
- 5 Engagiert für und mit Menschen mit Behinderungen**  
\_\_ Seite 9
- 6 Solidarische Krankenversicherung bedarfsgerecht ausbauen**  
\_\_ Seite 10
- 7 Pflegerisiko solidarisch absichern**  
\_\_ Seite 11
- 8 Frauen und Männer konsequent gleichstellen**  
\_\_ Seite 12
- 9 Zukunftswege für Kinder und Jugendliche eröffnen**  
\_\_ Seite 13

Der 20. Deutsche Bundestag, der im Herbst 2021 gewählt wird, steht vor gewaltigen Herausforderungen. Die Corona-Pandemie hat grundlegende Systemfehler und langjährige Fehlentwicklungen in den deutschen Sozial(versicherungs)systemen aufgezeigt. Der SoVD wird sich nicht damit abfinden, dass das Armutsrisiko und die soziale Ungleichheit in Deutschland beständig zunehmen, dass Millionen Menschen im Niedriglohnsektor und in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten oder dass sich die Zahl langzeitarbeitsloser Menschen ohne Chancen auf reguläre Beschäftigung verfestigt. Für die soziale Stabilität und den sozialen Frieden gilt es mehr denn je, den deutschen Sozialstaat umfassend zu stärken. Gleichzeitig darf die finanzpolitische Verantwortung, die sich aus den Kosten der Corona-Krise ergibt, nicht den ohnehin sozial Benachteiligten aufgebürdet werden.

Sowohl Armut als auch Reichtum haben in der Krise zugenommen. Der SoVD bekräftigt daher seine Forderung nach einer gerechten Umverteilung. Dies kann nur mit einem gesamtgesellschaftlichen Kraftakt gelingen, an dem Bund, Länder, Kommunen sowie Wirtschaft und Zivilgesellschaft mitwirken. Solidarität und soziale Gerechtigkeit müssen im Mittelpunkt des Handelns von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft stehen. Die Corona-Krise darf aber auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es zum Beispiel in der Verkehrs- und Klimapolitik dringenden Handlungsbedarf gibt. Klimaschutzmaßnahmen müssen mit sozialem Ausgleich verbunden werden. Besondere Bedarfslagen sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen und strukturschwacher Regionen sind zu berücksichtigen.

Vor diesem Hintergrund erhebt der SoVD die folgenden Kernforderungen zur Bundestagswahl 2021:

# 1 Sozialstaat stärken

## Soziale Sicherung verbessern

Die sozialen Sicherungssysteme müssen finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgaben bedarfsgerecht erfüllen können. Die sozialen Leistungen und Rechte müssen gestärkt und die Privatisierung und Kommerzialisierung sozialer Risiken beseitigt werden. Daher muss sich auch die Wirtschaft an der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und der gesamtgesellschaftlichen Aufgaben angemessen und solidarisch beteiligen. Der Sozialstaat darf weder als Anhängsel noch als Kostgänger der Wirtschaftspolitik betrachtet werden.

## Bezahlbares Wohnen gewährleisten

Wohnen ist ein Menschenrecht und muss allen Bevölkerungsschichten in Deutschland möglich sein. Damit Wohnen nicht zum Luxus wird, sind Mietpreissteigerungen wirksam zu begrenzen, der soziale Wohnungsbau mithilfe öffentlicher und gemeinnütziger Träger erheblich auszubauen und der Bestand an öffentlichen Wohnungen stark zu erweitern. Den Bedürfnissen von älteren Menschen sowie Menschen mit Behinderungen muss dahingehend entsprochen werden, dass ein umfangreiches Angebot an barrierefreiem Wohnraum auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt zur Verfügung gestellt wird und im Neubau generell barrierefreier Wohnraum entsteht.

## Verteilungsgerechtigkeit herstellen

Einkommen und Vermögen in Deutschland sind mit dem Ziel umzuverteilen, Ungleichheit zu mindern sowie Ungerechtigkeiten und Armut zu überwinden. Der private Reichtum muss stärker zur Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge herangezogen werden. Um hohe und höchste Einkommen und Vermögen angemessen zu beteiligen, sind erhebliche Änderungen im geltenden Steuerrecht erforderlich, insbesondere die Wiedererhebung der Vermögensteuer und die Anhebung der Spitzensteuersätze. Zur kurzfristigen Finanzierung der durch die Corona-Krise bedingten Sonderausgaben fordert der SoVD eine einmalige und zweckgebundene Vermögensabgabe. Finanziell schwächere Bevölkerungsschichten dürfen weder mit Folgekosten der Corona-Pandemie noch durch notwendige Maßnahmen für den Klimaschutz zusätzlich belastet werden.

## 2 Mehr soziale Sicherheit im Alter und bei Erwerbsminderung

### Gesetzliche Rente stärken

Das sogenannte Drei-Säulen-Modell der Alterssicherung hat sich als nicht tragfähig erwiesen, denn Leistungen aus privater und betrieblicher Altersvorsorge konnten das Absinken des Rentenniveaus nicht flächendeckend ausgleichen. Eine verpflichtende Zusatzversorgung ist vor diesem Hintergrund strikt abzulehnen. Nur ein stabiles und lebensstandardsicherndes Rentenniveau in der gesetzlichen Rentenversicherung garantiert eine verlässliche und auskömmliche Rente. Die Kürzungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel sind daher zu streichen und das Rentenniveau ist schrittweise wieder auf das lebensstandardsichernde Niveau von 53 Prozent anzuheben.

### Altersarmut wirksam bekämpfen

Altersarmut muss durch vielfältige Leistungsverbesserungen bekämpft werden. Dazu gehören ein verbesserter Aufbau von Rentenansprüchen in der Erwerbsphase, insbesondere durch gute Löhne, ausreichende Rentenversicherungsbeiträge bei Arbeitslosigkeit, Kindererziehung und Pflege sowie bessere Leistungen in der Rentenbezugsphase. Bei der Grundsicherung im Alter sind bedarfsgerechte Regelsätze festzusetzen. Auf die Einkommensanrechnung bei der Grundrente sollte verzichtet und Zeiten der Arbeitslosigkeit und Zurechnungszeiten bei Erwerbsminderung sollten zu den Grundrentenzeiten gezählt werden. Die Abschläge bei den Erwerbsminderungsrenten sind daher abzuschaffen.

### Erwerbstätigenversicherung einführen

Die gesetzliche Rentenversicherung muss zur Stärkung der Solidargemeinschaft und zur Vermeidung von Altersarmut schrittweise zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterentwickelt werden. Hierzu sind in einem ersten Schritt alle Selbstständigen in die Versicherungspflicht der gesetzlichen Rentenversicherung einzubeziehen. In weiteren Schritten sind auch politische Mandatsträger\*innen, Beamt\*innen sowie Angehörige freier Berufe unter Wahrung verfassungsrechtlicher Vorgaben und mit entsprechenden Übergangsregelungen in die Erwerbstätigenversicherung einzuschließen.

# 3 Sozialer Schutz bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

## Gute Arbeit sichern

Die Deregulierung des Arbeitsmarktes mit ihren negativen Folgen für die Beschäftigten muss zurückgeführt und durch eine soziale Neuregulierung des Arbeitsmarktes ersetzt werden. Daher muss die Umwandlung von prekären Beschäftigungsverhältnissen in sozial abgesicherte Normalarbeitsverhältnisse zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und tariflichen beziehungsweise ortsüblichen Löhnen oberstes Ziel der Arbeitsmarktpolitik sein. Für geringfügige Beschäftigung ist grundsätzlich die volle Sozialversicherungspflicht einzuführen. Leiharbeit, Werkverträge und Scheinselbstständigkeit sind massiv zurückzudrängen sowie sachgrundlose Befristungen abzuschaffen. Zudem ist das gesetzliche Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit auf alle Beschäftigten auszuweiten.

## Mindestlohn erhöhen

Damit der gesetzliche Mindestlohn wirksam (Alters-)Armut vermeidet, ist er auf mindestens 60 Prozent des mittleren Lohnes anzuheben. Die Anpassung des Mindestlohnes muss jährlich erfolgen. Ausnahmen für Langzeitarbeitslose und Jugendliche sind zu streichen. Auch Werkstattbeschäftigte sind einzubeziehen. Gleichzeitig müssen Überwachungsmechanismen verbessert werden, damit der Mindestlohn auch tatsächlich gezahlt wird.

## Soziale Sicherheit bei Arbeitslosigkeit herstellen

Die Arbeitslosenversicherung muss wieder einen grundsätzlichen Schutz bei Arbeitslosigkeit bieten. Dazu müssen der Zugang erleichtert, die Dauer des Leistungsbezuges ausgeweitet und eine unbefristete, steuerfinanzierte Lohnersatzleistung für Langzeitarbeitslose eingeführt werden. Bedarfsorientierte Angebote der beruflichen Umschulung und Fortbildung sind auszuweiten und die Förderung von Langzeitarbeitslosen ist durch Eingliederungszuschüsse zu verbessern. Das Leistungssystem des SGB II muss grundlegend reformiert und als eigenständige, teilhabeorientierte soziale Mindestsicherung ausgestaltet werden. Ihr muss eine transparente, bedarfs- und realitätsgerechte Bemessung der Regelbedarfe zugrunde liegen.

## 4 Soziale Rechte in Europa stärken

### Für ein soziales Europa

Die soziale Dimension in der EU muss gestärkt werden. Die Bundesregierung, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament müssen sich für ein soziales Europa einsetzen. Hierfür müssen einheitliche und verbindliche soziale Mindeststandards für die Bereiche Armutsbekämpfung, Zugang zu sozialen Diensten, Zugang zu Grundsicherungsleistungen sowie Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter geschaffen werden. Um Armut erfolgreich zu bekämpfen, brauchen wir in Europa außerdem einen Mindestlohn von 60 Prozent des mittleren Einkommens in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Dabei müssen das Subsidiaritätsprinzip gewahrt und die konkrete Ausgestaltung der einzelnen Sicherungssysteme Kernkompetenz der Nationalstaaten bleiben.

### Gerechte Verteilung von Wohlstand

Die zerstörerische Dominanz der Finanzmärkte in Europa muss beendet werden, vorhandene wirtschaftliche Ungleichgewichte sind abzubauen. Hierfür muss Steuerdumping unterbunden werden. Alle Unternehmen, die in der EU Geschäfte machen und damit deren Infrastruktur nutzen, müssen zu angemessenen Steuerzahlungen herangezogen werden. Als Instrument für mehr Verteilungsgerechtigkeit sowie zur Eindämmung hochriskanter Aktiengeschäfte muss eine europaweite Finanztransaktionssteuer eingeführt werden.

### Europa braucht soziale Zukunftsprogramme

Wir brauchen ein Europa der sozialen Sicherheit, in dem Wirtschafts- und Sozialpolitik gleichgewichtig sind. Nur mit einer Abkehr von der rigiden Sparpolitik und einem Kurswechsel hin zu einem sozialen Europa mit sozial ausgewogenen Zukunftsprogrammen können drohende Einbrüche in Wirtschaft, Beschäftigung und sozialer Sicherheit bekämpft werden. Daher muss der Europäische Sozialfonds Plus so weiterentwickelt werden, dass er die sozialen Sicherungssysteme einzelner EU-Mitgliedsländer in Krisen unbürokratisch und zielgenau stützen kann.



# 5 Engagiert für und mit Menschen mit Behinderungen

## **Inklusiven Arbeitsmarkt voranbringen**

Die Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt muss entschlossen angegangen und ein inklusiver Arbeitsmarkt geschaffen werden. Die Beschäftigungspflichtquote für Unternehmen und Verwaltung ist bedarfsgerecht auf mindestens sechs Prozent zu erhöhen. Unternehmen müssen ihre Gesetzespflichten erfüllen. Die Überwachung ist zu intensivieren, Zuwiderhandlungen sind verstärkt zu verfolgen und Anreize zur Erfüllung der Beschäftigungspflicht sind zu verbessern. Der SoVD befürwortet dabei verbindliche Stufen- und Zeitpläne, Fördermaßnahmen, aber auch Sanktionen über eine Erhöhung der Ausgleichsabgabe hinaus. Letztere ist zu verdoppeln und zusätzlich für solche Unternehmen zu erhöhen, die keinen einzigen Menschen mit Behinderung beschäftigen. Zudem braucht es gezielte Qualifizierungs- und Reha-Angebote, gerade auch für langzeitarbeitslose und ältere schwerbehinderte Menschen. Die Digitalisierung der Arbeitswelt kann neue Chancen bieten, etwa mehr Homeoffice für Menschen mit Behinderungen, sie darf jedoch nicht zu neuen Benachteiligungen führen.

## **Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen verwirklichen**

Inklusion und Teilhabe gelingen nur mit umfassender Barrierefreiheit. Es braucht endlich eine gesetzliche Pflicht zur Barrierefreiheit für die Privatwirtschaft, ergänzt um finanzielle Anreize. Es liegt auch im Interesse älterer Menschen, dass etwa der Verkehr, Gesundheitsdienste, Läden, Internetportale, aber auch Arbeitsstätten konsequent barrierefrei umgestaltet werden.

## **Inklusive Bildung voranbringen**

Inklusive Bildung ist Verpflichtung des gesamten Bildungssystems. Der SoVD fordert qualitativ hochwertige gemeinsame Bildungsangebote für Menschen mit und ohne Behinderungen, die auch die Abhängigkeit des Bildungserfolges vom Sozialstatus der Eltern beenden. Hierfür bedarf es verbindlicher Qualitätsmaßstäbe, umfassender Fortbildungsangebote, systematischer Umsetzungsprozesse, ausreichender personeller und sächlicher Ressourcen sowie Barrierefreiheit. Bund, Länder, Kommunen und Rehabilitationsträger sowie Ausbilder\*innen stehen in der gemeinsamen Verantwortung.

## 6 Solidarische Krankenversicherung bedarfsgerecht ausbauen

### **Bedarfsgerechte und wohntnahe Gesundheitsversorgung sicherstellen**

Es müssen alle Leistungen erbracht werden, die medizinisch notwendig und zweckmäßig sind, um Gesundheit zu erhalten oder wiederherzustellen. Dabei ist flächendeckend eine bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige, wohnortnahe und barrierefreie Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Kommerzialisierung sowie finanzielle und strukturelle Fehlanreize, die zu einer Über-, Unter- oder Fehlversorgung beitragen, müssen beseitigt werden. Es ist sicherzustellen, dass die begrenzten Mittel zur Versorgung der Menschen und nicht zur Renditegewinnung insbesondere privater Unternehmen eingesetzt werden.

### **Einseitige Belastungen abschaffen**

Die Belastungen der Versicherten, insbesondere durch den Abbau von Leistungen und durch Zuzahlungen, müssen abgeschafft werden. Die gesetzliche Krankenversicherung muss einheitlich und solidarisch finanziert werden. Erforderlich ist die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze zumindest auf das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung bei gleichzeitiger Abschaffung der Versicherungspflichtgrenze.

### **Bürgerversicherung einführen**

Um eine bedarfsgerechte und leistungsfähige Versorgung für alle sicherzustellen, muss ein einheitliches Versicherungssystem auf der Grundlage der gesetzlichen Krankenversicherung geschaffen werden, das alle gerecht in die Finanzierung einbezieht. Damit wird die Finanzierungsbasis gestärkt, die Leistungsfähigkeit verbessert und die Krankenversicherung insgesamt zukunftsfest. Bis dahin müssen die unterschiedlich gelagerten Risiken durch einen Finanztransfer ausgeglichen werden.

## 7 **Pflegerisiko solidarisch absichern**

### **Pflege-Bürgerversicherung als Vollversicherung einführen**

Für ein gerechtes und leistungsfähiges Pflegesystem und zur Vermeidung pflegebedingter Armut müssen die Leistungen der sozialen Pflegeversicherung alle pflegebedingten Aufwendungen decken. Die soziale Pflegeversicherung ist zu einer Vollversicherung weiterzuentwickeln und als Pflege-Bürgerversicherung zu organisieren. Die private Pflegepflichtversicherung ist unverzüglich in die solidarische Finanzierung einzubeziehen.

### **Reha vor und bei Pflege stärken**

Der gesetzliche Auftrag des Grundsatzes „Rehabilitation vor und bei Pflege“ muss gezielt umgesetzt werden. Damit die Krankenkassen ihrer Verpflichtung nachkommen, sind entsprechende Anreize, wie etwa fallbezogene Finanzzuweisungen aus dem Gesundheitsfonds, zu installieren. Die Arbeitsbedingungen in der Pflege müssen stets eine rehaorientierte Pflege ermöglichen.

### **Den Pflegenotstand überwinden**

Würdevolle und qualitativ hochwertige Pflege erfordert vor allem eine bedarfsgerechte Personalausstattung bei angemessener Bezahlung. Dies sind zugleich zentrale Voraussetzungen für die Behebung des Mangels an Pflegekräften und die Vorhaltung bedarfsgerechter und auswahlfähiger Versorgungsstrukturen. Zur Stärkung der häuslichen Pflege und zur Entlastung pflegender Angehöriger muss die ambulante Pflege flächendeckend sichergestellt, deutlich ausgeweitet und gestärkt werden.

## 8 Frauen und Männer konsequent gleichstellen

### Eigenständige Existenzsicherung von Frauen gewährleisten

Für gleiche Einkommenschancen und umfassende soziale Absicherung von Frauen müssen folgende Voraussetzungen erfüllt werden: Vereinbarkeit von Familie und vollwertiger Berufstätigkeit, gerechte Entlohnung und Aufstiegschancen. Ganztagskitas und Ganztagschulen müssen daher so ausgebaut werden, dass deren Öffnungszeiten mit den Arbeitszeiten vereinbar sind. Das Entgelttransparenzgesetz muss hinsichtlich des Auskunftsanspruches, des Prüfverfahrens und der Berichtspflicht sowie der Einführung einer Verbandsklage erweitert werden. Darüber hinaus ist eine gesetzliche Frauenquote in Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur einzuführen.

### Sorgearbeit aufwerten und umverteilen

Sowohl zur Aufwertung als auch zur Umverteilung von Sorgearbeit trägt die Förderung von haushaltsnahen Dienstleistungen (hDL) bei. Die Subventionierung von hDL kann die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Haushalt erleichtern, bei entsprechend ausgestalteten Zuschüssen auch für Menschen mit geringem Einkommen. Die Förderung von hDL verringert prekäre und illegale Arbeitsverhältnisse. Wenn Sorgearbeit in Haushalten besser entlohnt wird, wird Sorgearbeit und damit vermeintlich „weibliche“ Arbeit aufgewertet. Damit pflegende Frauen besser abgesichert und Männer ermutigt werden, Pflegeaufgaben zu übernehmen, muss eine Entgeltersatzleistung für Pflegezeiten eingeführt werden.

### Mehr Frauen in die Parlamente

Der Frauenanteil im Bundestag sank nach der Wahl 2017 auf ein 20-Jahres-Tief: Nur 31 Prozent der Abgeordneten in dieser Legislaturperiode sind Frauen. Das wollen wir nicht länger hinnehmen – wir streiten gemeinsam für Parität in den Parlamenten. Wir fordern die in den Parlamenten vertretenen Parteien auf, im Rahmen von Wahlrechtsreformen sicherzustellen, dass Männer und Frauen je zur Hälfte die Mandate in den Parlamenten innehaben. Wir fordern die Frauen in den Parlamenten auf, fraktionsübergreifende Initiativen für Parität in den Parlamenten zu ergreifen und einer Wahlrechtsreform ohne Parität nicht zuzustimmen.

# 9 Zukunftswege für Kinder und Jugendliche eröffnen

## Armut von Kindern und Jugendlichen bekämpfen

Rund 3 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland sind von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Jedes fünfte Kind lebt in Armut. 1,8 Millionen Kinder und Jugendliche beziehen Grundsicherungsleistungen, davon leben knapp 1 Million Kinder in Alleinerziehenden-Haushalten. Wir fordern, das soziokulturelle Existenzminimum von Kindern und Jugendlichen transparent und realistisch zu ermitteln und zuverlässig zu gewährleisten. Der Bedarf, der im Regelsatz für Kinder festgelegt wird, ist zu gering angesetzt, er schreibt Kinderarmut fest. Ergänzende Erhebungen zu notwendiger Ernährung und Kleidung, tatsächlichen Schulbedarfen, Mobilitätskosten und Teilhabebedarfen sind nötig.

## Das Wahlalter absenken

Wir fordern, das Aktiv-Wahlalter Jugendlicher bei Bundestagswahlen von 18 Jahren auf 16 Jahre herabzusetzen. Die demografische Entwicklung überlagert die Interessen junger Menschen. Sie sind unterrepräsentiert und brauchen „starke Stimmen“. Wir leben in einer Zeit, in der die Mündigkeit der jungen Generation schon viel früher einsetzt. Jungen Menschen muss die Möglichkeit gegeben werden, mitzubestimmen und mitzugestalten. Ihre Sicht auf politische und gesellschaftliche Entwicklungen muss ernst genommen und berücksichtigt werden.

## Medienkompetenz als Schulfach einführen

Wir fordern, ein Schulfach „Medienkompetenz“ an allen weiterführenden Schulen einzuführen. Das Fach soll sich dabei mit der technischen Seite der neuen Medien und mit den Fragen des Umgangs mit ihnen befassen. In diesem Zusammenhang geht es sowohl um die Vermittlung von digitaler Sicherheit als auch um die Förderung eines wachen Bewusstseins, das ebenfalls zu Verhaltensänderungen bewegen soll. Es geht darum, die Menschen zu einem verantwortungsvollen Umgang mit den eigenen Daten und zu einem rücksichtsvollen Umgang mit den Daten anderer zu veranlassen. Ein Schulfach Informatik allein reicht nicht aus, denn die Entwicklung und das Erwerben der notwendigen Kompetenzen für ein Leben in einer digitalen Welt gehen über notwendige informatische Grundkenntnisse weit hinaus und betreffen alle Unterrichtsfächer.

Berlin, im März 2021  
DER BUNDESVORSTAND

**Impressum**

Sozialverband Deutschland e. V.  
Stralauer Straße 63  
10179 Berlin  
Tel. 030 72 62 22-0  
Fax 030 72 62 22-311  
kontakt@sovd.de  
www.sovd.de • www.sovd-tv.de  
www.soziale-kaelte.de

**Verfasser**

Abteilung Sozialpolitik

**Titel**

© Matthias Herrndorff/SoVD

**Druck**

**ARNOLD group – Großbeeren**

© Sozialverband Deutschland e. V., 2021